

STÄNDERATSKANDIDATIN SUSANNE VINCENZ-STAUFFACHER, FDP

«Entscheidend ist nicht das Geschlecht»

Am 12. März sind Ständerats-Ersatzwahlen im Kanton St. Gallen. Eine der vier Kandidatinnen: Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher von der FDP. 2019 noch unterlag sie Beni Würth.

Frau Vincenz-Stauffacher, klar ist: Wer die Nachfolge von Paul Rechsteiner antreten will, muss auch über die Grenzen der eigenen Partei hinweg mobilisieren können. Eine Fähigkeit, die man ihm quer durch die politischen Lager attestiert(e). Wie interpretieren Sie die Rolle der Ständerätin zwischen Partei- und Sachpolitik?

Die Sachpolitik und die Interessenvertretung für den Kanton St. Gallen und die gesamte Ostschweiz stehen im Vordergrund. Aber ebenso klar ist: Ich trete als FDP-Vertreterin an. Damit wissen die Wählerinnen und Wähler, auf welchen Werten meine Politik basiert. Mein liberaler Kompass würde mich auch in den Ständerat begleiten: ermöglichen statt verhindern, vorwärts machen statt blockieren, vernetzen statt abschotten.

Sowohl Sie als auch Ihre drei Mitbewerberinnen sitzen aktuell im Nationalrat. Was bewegt Sie zum Wechsel der Kammer?

Ich bin begeisterte Nationalrätin. Und doch würde mir die Arbeitsweise im Ständerat, wo die Sachpolitik in der Regel vor der Parteipolitik steht, noch mehr entsprechen. Als Brückenbauerin arbeite ich gern über die Parteigrenzen hinweg zusammen. Und als mittlerweile 56-Jährige bringe ich neben der beruflichen und politischen Erfahrung auch einiges an Lebenserfahrung mit, welche in der «Chambre de Réflexion» wohl nicht am falschen Ort wäre.

Wie auch immer die Wahl ausgeht: Die nächste St. Galler Ständerätin wird eine Frau sein. Damit sind die



«Mein liberaler Kompass würde mich in den Ständerat begleiten.» Foto: zVg

Frauen aber nach wie vor in der Minderheit in der Kammer. Welche Bedeutung messen Sie der Geschlechterverteilung im Ständerat bei?

Für den Ständerat gilt dasselbe wie für andere Gremien: Gemischte Teams erbringen nachhaltigere Lösungen. So-

mit tut dem Ständerat ein höherer Frauenanteil gut. Aber: Entscheidend sind die Fähigkeiten fürs Amt und nicht das Geschlecht.

Kurz und knapp: Die aus Ihrer Sicht aktuell wichtigsten drei politischen Themen im Kanton St. Gallen?

Die nachhaltige Sicherung der Energieversorgung, langfristig gesicherte Beziehungen zu unseren Handelspartnern in Europa sowie die Verbesserung der Mobilitätsinfrastrukturen und zwar Schiene wie auch Strasse.

Ihr Parteikollege Marcel Dobler attestierte Ihnen, in der FDP-Bundeshausfraktion unter Beweis gestellt zu haben, dass Sie die Anliegen verschiedener Seiten in mehrheitsfähige Kompromisse zu übersetzen wissen. Was macht denn einen guten Kompromiss für Sie aus?

Der Kompromiss als grösster gemeinsamer Nenner und damit als mehrheitsfähige Lösung. Denn nur mit Lösungen, welche von einer Mehrheit mitgetragen werden, kommen wir als Land und als Gesellschaft weiter. Andernfalls droht Stillstand und Blockade. Dies schadet in mehrfacher Hinsicht: wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich. Zwei prominente Beispiele: Europapolitik und Klimapolitik.

«Vorbilder sind besser als Quoten.»

Sie versuchten bereits im Frühling 2019 für die FDP den Ständeratsitz Karin Keller-Sutters zu halten, unterlagen damals allerdings Beni Würth. Würden Sie die Wahl für sich entscheiden, müssten aus ehemaligen Konkurrenten Kollegen werden.

Ich bin überzeugt: Das geht bestens. Gerade im angesprochenen Wahlkampf haben wir uns sehr gut kennen-

gelernt und nun politisieren wir bereits seit 2019 gemeinsam in Bern. Wir könnten den Kanton St. Gallen als «gemischtes Doppel» stark und überzeugend vertreten.

Bekanntermassen sind Gleichstellungsanliegen für Sie seit jeher ein zentrales Thema. Welchen Beitrag zur Vereinbarkeit könnten Sie als Ständerätin leisten?

Zum einen als Beispiel dafür, dass es als Berufsfrau, Ehefrau, Mutter und Politikerin möglich ist, den Spagat zu bewältigen. Vorbilder sind besser als Quoten. Zum anderen, indem ich in entsprechenden gesellschaftspolitischen Themen meine über die Jahre gesammelte Erfahrung und Expertise einbringe.

Zum Thema Eigenverantwortung sagten Sie einmal gegenüber der «Republik», man müsse sich anstrengen, aber Eigenverantwortung werde dann zu einem zynischen Begriff, wenn jemand am Boden liege und man sage: Steh auf. Welche also ist Ihre Definition für diesen für die Liberalen so wichtigen Begriff?

Ich habe dazu für mich den Begriff «Eigenverantwortung plus» definiert. Ich erwarte, dass jede Person ihre Fähigkeiten nach Kräften einsetzt und in erster Linie für sich selber verantwortlich ist. Dazu gehört für mich aber auch die Verantwortung für einen anderen Menschen, wenn dieser unverschuldet nicht umfassend für sich selber sorgen oder einstehen kann. Diese soziale Verantwortung ist mir wichtig und ich übernehme sie selber mit Überzeugung.

Michel Wassner

JUSO WILL OBERLANDSTRASSE VERHINDERN

Streit um Autobahn: Es droht ziviler Ungehorsam

Oberländer Gemeinden und der Bund wollen den Ausbau der Oberland-Autobahn mit aller Kraft vorantreiben. Die JUSO Zürcher Oberland kündigt an, mit allen nötigen Mitteln Widerstand gegen diesen Ausbau zu leisten. Die Klimakrise nehme diesem uralten Projekt das letzte Bisschen Legitimität.

Für die Oberländer JUSO ist klar, dass es in Zeiten der Klimakrise auf keinen Fall neue Autobahnen geben kann. «Unsere gesamte Verkehrsstrategie auf Autos auszurichten, war bereits vor 50 Jahren fahrlässig, heute ist es schlicht kriminell», sagt der Co-Präsident Dario Varenì dazu. Bei einer der beiden Varianten von «nachhaltig» zu sprechen, ist für ihn ein Hohn: «Nachhaltig wäre es, den öffentlichen Verkehr und die Velowege auszubauen und nicht, ein riesiges Loch unter ein Naturschutzgebiet zu bohren und den motorisierten Individualverkehr noch weiter anzukurbeln.»

Ziviler Ungehorsam angekündigt

«Wir werden uns zunächst mit den uns zur Verfügung stehenden, politischen Mitteln gegen die Oberland-Autobahn einsetzen.» Ausserdem werden sie darauf setzen, die Bevölkerung zu informieren, wieso dieses Projekt nicht



Die Jung-Sozialisten demonstrieren gegen den Ausbau der Oberland-Autobahn.

Foto: zVg

nachhaltig sei und darüber, welche Alternativen es gibt. «Wenn es tatsächlich zum Bau der Autobahn kommen sollte, werden wir auch auf Mittel des gewaltfreien zivilen Widerstands zurückgrei-

fen», droht der Juso-Copräsident Varenì gegenüber den «Obersee Nachrichten».

Der ÖV ist grösstenteils gut, jedoch zu Stosszeiten massiv überlastet. Das

macht es sehr unattraktiv für Autofahrer, auf den ÖV als Verkehrsmittel fürs Pendeln umzusteigen. Es braucht eine Strategie, wie der Überlastung zu Stosszeiten entgegengewirkt werden

kann. Dazu kommt, dass die Region Winterthur und die Bezirke Hinwil und Uster nicht gut mit dem ÖV verbunden sind.

Der Präsident des Vereins Zusammenschluss Oberlandstrasse, Hans-Peter Hulliger, sieht der Androhung mit einer gewissen Gelassenheit entgegen. «Die Planung liegt jetzt beim Bund, und die Linienführung entspricht auch einer vergangenen, vorgeschlagenen Linie.» Dass dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, besonders der Doppelspurausbau zwischen Bubikon und Wetzikon, eine grosse Hürde entgegensteht, sei auch bekannt. «Das Bundesgericht hatte 2012 ein auf Druck der Autostrassen-Verhinderer durchgeführte wegweisende Signalwirkung. Im Bereich des Ambitzgiriets sind dadurch sämtliche Bauten verboten worden, auch ein Ausbau der Bahn auf Doppelspur.» Dieses Urteil des Bundesgerichts sei nicht verhandelbar und somit haben sich die Anhänger von Velowegen und ÖV selbst einen Stein in den Weg gelegt. Und dass mit immer mehr Bevölkerung der Bedarf an Verkehrsmitteln insgesamt zunehme, steht ausser Frage. Die JUSO Zürcher Oberland hat momentan knapp 130 reguläre Mitglieder, der Verein Zusammenschluss Oberlandstrasse hingegen rund 1000 Mitglieder.

Thomas Hulliger